

Roland Schäfer
Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Präsident des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

Vortrag

„Rolle der Kommunen im Klimawandel“

auf der
Informationsveranstaltung

des
Städte- und Gemeindebundes NRW
in Kooperation mit der
Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH
und dem
Öko-Zentrum NRW (Hamm)

„Klimaschutz – ein kommunales Thema“

am
10. Juni 2008

in
Duisburg

www.kommunen-in-nrw.de
www.kua-nrw.de
www.oekozentrum-nrw.de
www.bergkamen.de
www.roland-schaefer.de

Bedeutung des Klimaschutzes

Ich freue mich, Sie heute im Namen des Städte- und Gemeindebundes sehr herzlich begrüßen zu können. Die große Resonanz auf unsere Einladung zeigt, dass sich viele Kommunen auf den Weg machen, den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz breiteren Raum zu gewähren.

Klimaschutz ist - mit Recht - zum „Megathema“ geworden.

Die Veröffentlichung des ersten Teilbandes des Weltklimaberichts der Vereinten Nationen im Februar 2007 hat die Gefahren des Klimawandels endgültig im öffentlichen Bewusstsein verankert. Die globale wissenschaftliche Perspektive hat sich mit der Vorlage dieses Berichtes dramatisch verändert. Das Wissen über den Klimawandel hat sich gegenüber dem Zeitpunkt des letzten IPCC-Berichtes aus dem Jahr 2001 deutlich vermehrt und vertieft. Damit einher geht eine erheblich gesteigerte Sensibilität für die Folgen des Klimawandels.

Klimaschutz ist mittlerweile ein allgemein anerkanntes Ziel auf allen Ebenen nationaler und internationaler Politik. Die Beschlüsse der Klimakonferenz auf Bali kurz vor Weihnachten letzten Jahres geben diesen Zielen neuen Nachdruck, auch wenn wir mit den dort erzielten Ergebnissen nicht ganz zufrieden sein können.

Rolle der Kommunen

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch für die kommunale Ebene nicht mehr die Frage, ob die Kommunen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können, sondern vielmehr die Frage, wie ein kommunaler Beitrag aussehen kann.

Bereits seit Beginn der 90er-Jahre war und ist Klimaschutz im Rahmen der Initiativen zur Lokalen Agenda ein wichtiges Thema in den Städten und

Gemeinden der Bundesrepublik. Die aktuellen Daten und Entwicklungen haben dem Thema aber eine neue Dramatik verliehen.

Die Kommunen haben auf vielfältige Art und Weise Möglichkeiten, zum Klimaschutz und zur Absenkung der CO₂-Emissionen beizutragen. Die kommunale Selbstverwaltung bietet gerade kleineren Städten- und Gemeinden Möglichkeiten, auf ihre Situation angepasste innovative Modelle umzusetzen. Der Klimaschutz ist als Notwendigkeit für eine nachhaltige und friedliche Welt im Bewusstsein der Bürger angekommen. Dieses Bewusstsein umzusetzen in tatsächlich wirksame Maßnahmen und Organisationsstrukturen bedarf sowohl einer Kommunikations- als auch einer Organisationsanstrengung, die nahezu alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft.

Eine Vielzahl der denkbaren Handlungsoptionen ist auch aus wirtschaftlicher Sicht für die Kommunen von Nutzen. So können Energiekosten gesenkt, die Mobilität gesichert und beschleunigt und Innenstädte wieder belebt werden. Die Kommunen haben große Potentiale für den Klimaschutz. Sie können durch die bestehenden und vielfältigen Fördermöglichkeiten Kosten einsparen, die Lebensqualität erhöhen und die kommunale Selbstverwaltung stärken.

Grenzen kommunaler Handlungsfähigkeit

Gleichwohl wird die Umsetzung von Klimaschutzprojekten auch durch die schwierige finanzielle Lage der Kommunen beeinflusst.

Zwar hat sich die Finanzsituation im kommunalen Bereich seit zwei Jahren deutlich zum Positiven hin entwickelt. Sowohl 2006 als auch 2007 konnten die bundesdeutschen Städte und Gemeinden insbesondere dank gesteigerter Gewerbesteuererinnahmen erstmals seit mehreren Jahren wieder ein positives Saldo, also mehr Einnahmen als Ausgaben, vorweisen. Dies gilt allerdings nur

für die Gesamtheit aller Kommunen. Im Einzelfall haben wir einerseits Städte, denen es inzwischen finanziell wieder richtig gut geht und die daher auch wieder Spielraum für Investitionen haben. Andererseits gibt es aber immer noch eine große Zahl von Kommunen, die weiterhin strukturell unausgeglichen sind und mit einem Haushaltsdefizit leben müssen. Dies gilt gerade auch für eine ganze Reihe von Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Da diese Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept oder mit Nothaushalt im Regelfall keine unrentierliche Neuverschuldung eingehen dürfen, haben sie mit jeder Art von kreditfinanzierten Investitionen Probleme.

Förderungsmöglichkeiten setzen immer auch einen eigenen finanziellen Beitrag voraus, der oftmals nicht erbracht werden kann. Dieses Problem müssen wir im Dialog mit der Kommunalaufsicht in den Ländern lösen.

Tatsächlich rechnen sich aber viele Investitionen im Bereich des Klimaschutzes mittelfristig sehr gut, so dass eine Zustimmung der Aufsichtsbehörde erreichbar erscheint.

Unterschiedliche kommunale Funktionen im Klimaschutz

Die Kommunen können im Bereich des Klimaschutzes **verschiedene Funktionen** erfüllen. Sie sind **Verbraucher und** dadurch **Vorbild** für die Bürger und die örtliche Wirtschaft. Sie sind **Planer und Regulierer**. Sie sind **Versorger und Anbieter**. Und sie sind schließlich **Berater und Promoter**.

Kommune als Verbraucher

In der Rolle der Kommune als **Verbraucher und Vorbild** sind die Steuerungsmöglichkeiten der Städte- und Gemeinden am größten. Hier steht das eigene verwaltungsinterne Verhalten im Mittelpunkt. In diesen Bereich fällt z. B. die Bewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften, der Umgang mit dem

kommunalen Fuhrpark oder die Beschaffung der unterschiedlichsten Verbrauchs- und Anlagegüter.

Die Kommunen können im Rahmen ihrer rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten unabhängig und eigenständig ihr Beschaffungswesen und das Management ihrer Liegenschaften gestalten.

Die Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik sind zusammen genommen der größte Gebäudebesitzer Deutschlands: ca. 40.000 Schulgebäude, ca. 50.000 Kindertagesstätten, über 15.000 Verwaltungsgebäude sowie zahlreiche Gebäude in den Bereichen Sport, Friedhöfe, Feuerwehr, Kultur, Jugend, Freizeit und Bildung.

Allein für den Energieeinkauf für den Unterhalt dieser kommunalen Gebäude – einschließlich der Straßenbeleuchtung – geben die Kommunen pro Jahr ca. 2,5 Milliarden Euro aus. Einsparungen beim Energieaufwand von 30 % aufwärts durch Maßnahmen des Klimaschutzes scheinen nicht unrealistisch.

Auch im Bereich der Fahrzeuge sind die Kommunen „Großeigentümer“. Baubetriebshöfe, städtische Feuerwehr, kommunale Betriebe und die Verwaltungen direkt verfügen über eine erhebliche Zahl an Personen- und Lastkraftwagen sowie Spezialfahrzeugen.

Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand insgesamt – also Bund, Länder und Kommunen zusammen – beträgt pro Jahr etwa 250 Milliarden Euro.

Der größte Nutzen ist sicher bei klimaschutzrelevanten Investitionen in den Gebäudebestand zu erreichen. Viele der kommunalen Bauwerke stammen aus den 60er und 70er Jahren des vorherigen Jahrhunderts und entsprechen in keiner Weise modernen Ansprüchen. Durch Investitionen in die Isolierung von Außenwänden und Dächern, in neue Fenster und in moderne Heizungsanlagen lässt sich eine mehrfache Gewinnsituation erzielen:

durch verminderten Energieverbrauch sinkt die CO₂-Belastung, das örtliche

Handwerk und Baugewerbe erhält Aufträge und kann damit Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern, die Gebäudesituation wird zu Gunsten von Schülern, Kindern und Bürgerschaft verbessert und letztlich kommt es zu Einsparungen im städtischen Haushalt.

Die CO₂-Reduzierung durch die kommunale Verwaltung ist insbesondere aufgrund ihrer großen **Vorbildwirkung** anzustreben und gegebenenfalls zu publizieren. Dies erfolgt am effektivsten separat bei einer größeren Einzelmaßnahme sowie in einer regelmäßigen Zusammenstellung aller Maßnahmen. Beispiele sind etwa jährliche kommunale Energieberichte, die entsprechend bekannt gemacht werden. Das Motto heißt hier: „Tue Gutes und rede darüber!“

Kommune als Planer und Regulierer

In ihren Rollen als **Planer und Regulierer** versucht die Kommune Einfluss zu nehmen auf das Verhalten anderer. Die Kommunen sind im Rahmen ihrer Planungshoheit Träger der Bauleitplanung. Zugleich sind sie für eine Fülle weiterer Fachpläne zuständig: von der Verkehrsplanung über Lärmschutz- und Landschaftsschutzplanungen bis hin zur Freizeit- und Sportstättenentwicklungsplanung.

Die Festsetzung von klimarelevanten Standards in Bebauungsplänen etwa durch die Ausrichtung der Wohngebäude hinsichtlich Solarenergienutzung ist hierfür ein Beispiel. Die Orientierung neuer Wohn- und Gewerbegebiete im Flächennutzungsplan an Gesichtspunkten wie Verkehrsminderung und Nutzung vorhandener ÖPNV-Haltepunkte ist ein weiteres Beispiel.

Die planungsrechtliche Förderung beispielsweise von ÖPNV-Nutzung oder von Fahrradverkehren kann einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten.

Einerseits verfügt die Kommune im Bereich der Bauleitplanung über ein relativ hohes Maß an Einfluss, andererseits ist sie aber auch von der Akzeptanz ihrer Angebote auf Seiten der Bevölkerung angewiesen.

Kommune als Versorger und Anbieter

Die Funktion des Versorgers und Anbieters nimmt die Kommune im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, beispielsweise als Energieversorger oder als Anbieter von Leistungen im öffentlichen Nahverkehr, wahr.

Bei der Stromerzeugung, der Gestaltung des ÖPNV, der Abwasser- und Abfallentsorgung oder dem kommunalen Wohnungsbau kann die Kommune Angebote an die Bürger machen, die diese zur Erreichung des Ziels, den Klimaschutz zu fördern, aber auch annehmen müssen.

Durch die Gestaltung von Gebührenordnungen und Tarifen können u. U. finanzielle Anreize für die Bürger geschaffen werden, sich auf eine bestimmte Art und Weise zu verhalten, bzw. bestimmte Maßnahmen durchzuführen.

Kommune als Berater und Promoter

Die Einrichtung von Energieberatungsstellen oder die Vermittlung von Förderprogrammen und Teilnahme an Wettbewerben sind Beispiele für die kommunale Rolle als **Berater und Promoter** ist.

Als Berater und Promoter wird die Kommune in vielen Fällen auf die Mitwirkung anderer Institutionen und Fachleute angewiesen sein.

In dieser Rolle kann sie Fördermöglichkeiten an Bürger und lokale Unternehmen vermitteln und Energieberatung durchführen.

Ausblick

Wir werden im Laufe des Tages den Chancen eines kommunalen Klimaschutzes noch in vielen Facetten nachgehen.

Dabei werden wir uns in erster Linie mit Fragen der energetischen Sanierung kommunaler Immobilien beschäftigen. In unseren Beständen schlummert ein riesiges Potential für CO₂-Reduktionen und Energiekostensparnis. Wir werden über Rahmenbedingungen rechtlicher und finanzieller Art diskutieren und Fragen nach der richtigen Strategie bei der energetischen Sanierung nachgehen.

Ich freue mich, dass wir als Städte- und Gemeindebund NRW für diese Veranstaltung eine sehr fruchtbare Kooperation eingegangen sind. Unsere „Verbandstochter“, die **Kommunal- und Abwasserberatung NRW GmbH**, ist Ihnen wahrscheinlich allen ein Begriff. Aber auch das **Öko-Zentrum NRW** aus Hamm ist für uns ein wichtiger Kooperationspartner, und zwar nicht nur für den heutigen Tag, sondern darüber hinaus auch für Sie vor Ort als ein wichtiger Ansprechpartner, der Erfahrung und Know-how zur Verfügung stellen kann. Beim Thema Klimaschutz und Energieeffizienz ist es aus unserer Sicht entscheidend, Kompetenz zu bündeln. Weder als Verband noch als einzelne Kommune haben wir für alle Fragestellungen die notwendigen Experten. Wir brauchen daher Netzwerke und Kooperationen, die die verschiedenen Akteure

zusammenbringen. Auch dazu soll die heutige Veranstaltung einen Beitrag leisten.

Ich wünsche mir, dass von dieser Informationsveranstaltung ein Signal für eine noch größere Bereitschaft ausgeht, auf kommunaler Ebene Anstrengungen für den Klimaschutz zu unternehmen.

Ich wünsche mir auch, dass Sie als Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unserem Treffen eine Fülle von Informationen und Anregungen mit in Ihre Arbeit vor Ort nehmen können, um lokal Klimaschutz zu gestalten.

In diesem Sinne freue ich mich auf inhaltsreiche Vorträge und spannende Diskussionen!